

mäßen sich vor allem jene Zeitungen an, die dem französischen Generalstab nahe stehen, ein französisches Durchmarschrecht durch Belgien zu fordern, und auch England wünscht, über den belgischen Vorkriegsstand und über belgische Vorkriegsstände zu verfügen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Belgien, Frankreich und England in diesen Fragen sollen demnach durch eine Reise gelöst werden, die der belgische Außenminister van Zeeland nach Paris und London zu unternehmen gedenkt. Wir schämen uns mit ihm nicht, daß er sich eine Reise nach Berlin sparen kann; denn die Versicherung, die der Führer Adolf Hitler mehrfach abgab und erst am 30. Januar dieses Jahres wiederholte, geht klar und einwandfrei dahin, daß das Deutsche Reich die belgische Grenze ohne jede Gegenleistung garantiert. Von dem hätte Belgien bisher eine ähnliche Zusicherung erhalten?

Frankreichs Haltung einem neuen Westpakt gegenüber ergibt sich zum größten Teil aus dem schon Gesagten. Sein Schrei nach Sicherheit wird so lange im übrigen Europa kein Verständnis finden, als es an dem Bündnis mit Moskau festhält, durch das auf dem Umweg über die Tschechoslowakei die rote Armee in das Herz Europas hereingeführt und jedes europäische Gleichgewicht zerstört wurde. Der Franko-Sowjetpakt macht das Aufkommen eines regionalen Westpaktes von vornherein unmöglich; denn ein solcher Westpakt hätte nicht allein die Westmächte, sondern als lauernden „Hilfen“ Teilhaber durch die Doppelmitgliedschaft Frankreichs auch die rote Armee und die Komintern zum Partner, deren Einfluß dann nicht nur Frankreich, sondern ganz Europa unterkäme. Während die Westmächte alle lebenswichtigen Wege zwischen sich hinwegzuräumen beabsichtigen, würden sie durch den sowjetrussischen Partner um seiner weltrevolutionären Pläne willen ebenso beunruhigt wie tollischer in kriegerischen Verwicklungen hineingezogen werden, deren Anlaß noch dazu außerhalb Europas liegen könnte. Und eben ein Krieg soll doch gerade durch den Westpakt vermieden werden!

Die Gefahren für Europa, die im französischen Sowjetbündnis begründet liegen, übersteht man ebenso gefühlvoll in England. Unter Berufung auf die eigene, angeblich unfehlbare Isolation will man von Moskau her keine Bedrohung Europas gelten lassen. Um so vorsichtiger kalkuliert man im Mittelmeer. Zwar ist nach den bitteren Erfahrungen aus dem abessinischen Streitfall mit Italien jetzt ein Gentlemen-Agreement zustande gekommen. Aber wer weiß? — fragt man sich in London. Was England daher anstrebt, ist ein dreifaches Verhältnis, ein Garantievertrag zwischen ihm, Deutschland und Frankreich; sollte es dann tatsächlich zu einem neuen, diesmal offenen Konflikt im Mittelmeer kommen, so hätte England wenigstens diese beiden Mächte auf seiner Seite. Im übrigen hat in London noch immer jener verhängnisvolle Satz Geltung, den Ministerpräsident

Paul-Bonin vor einem Jahre prägte: Englands Grenze liegt am Rhein. Es gehört noch ein gewaltiges Stück echter Verständigungsarbeit dazu, ehe sich aus einer solchen voreingenommenen, kurzen Haltung ein weiteuropäischer Freundschaftspakt entwickeln kann.

Wie Italien nach alledem über die Aussichten und Absichten eines neuen Westpaktes denkt, liegt auf der Hand. Die Front von Stresa, in der Italien, Frankreich und England ein kurzes Stück Weg gemeinsam markierten, ist längst zerbrochen und findet sich trotz aller Hoffnungen, die man vor allem in Paris nährt, nicht wieder zusammen. Sie wurde durch die Kühle Kom-Verlin ersetzt, deren Tragfähigkeit und Brauchbarkeit erst dieser Tage der faschistische Großrat bestätigte. Durch die Verkündung der vollständigen Autarkie verslug er gleichzeitig alle französischen und englischen Handelsströme, Italien aus dem mitteleuropäischen Verbände herauszulösen zu können. Italien, so heißt die französische Presse wehmütig jetzt, spielt nur noch die deutsche Karte.

Der Rundfunk soll der Verständigung der Völker dienen

Staatssekretär Funk begrüßt die Tagung des Weltfunkvereins in Berlin

Berlin, 5. März.

In Beginn der Berliner Tagung des Weltfunkvereins überbrachte am Freitagvormittag Staatssekretär Funk die Grüße der Reichsregierung und insbesondere des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels. Staatssekretär Funk führte in seiner Begrüßungsansprache u. a. aus: Das Rundfunkwesen hat in Deutschland seit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus einen gewaltigen Aufschwung genommen. Dies beweist allein die Tatsache, daß sich die Zahl der Rundfunksender in den letzten Jahren mehr als verdoppelt hat. Aber auch organisatorisch und technisch, sowie vor allem künstlerisch hat sich der deutsche Rundfunk von Jahr zu Jahr in aufsteigender Linie entwickelt. Der Rundfunk ist für die politische Führung zu einem der wichtigsten Mittel der Volksaufklärung und Volkserziehung geworden. Was das nationalsozialistische Deutschland auf diesem Gebiete leistet, wird, wie Sie ausgeben werden, in der ganzen Welt anerkannt. Der Rundfunk ist insbesondere das Instrument, mit dem wir die ganze Welt über unsere politischen Ziele aufklären, und er ist daher in seinem heutigen, hochentwickeltesten Stand in erster Reihe dazu berufen, der Verständigung unter den Völkern und dem Frieden der Welt zu dienen. Dieser Gedanke liegt auch der Gründung des Weltfunkvereins zugrunde. Aus den Anfängen eines gelegentlichen und nur

für die Westmächte sei es endgültig verloren. Und damit wohl auch für einen Westpakt.

Deutschlands Stellung ist nach alledem klar. Demnach noch als vor einem Jahre läßt sich heute erkennen, daß der Führer, als er den deutschen Truppen den Marsch ins Rheinland befahl, den Vorkriegsvertrag nicht verletzte, sondern nur, nachdem er durch die französische Passivität längere gericheten worden war, seine Schweren hinwegräumte. Hitler führte die Vertragspartner auf den Boden der Tatsachen zurück. Belgien hat sich darauf zuerst zugesprochen und mit Deutschland gemeinsam den ersten Schritt zur Bekämpfung der gemeinsamen Grenze am Rhein getan. Daß die anderen beiden in Frage kommenden Mächte die großzügigen Angebote des Führers nicht angenommen haben, ist nicht Deutschlands Schuld. Um so notwendiger ist es, und um so dankbarer sind wir Deutschen dem Führer dafür, daß wir durch seinen mutigen Entschluß unsere Grenzen am Rhein wieder aus eigener Kraft schützen dürfen.

nahebarlichen Austausch von Rundfunkübertragungen in das große Arbeitsgebiet des internationalen Programmanstausches entstanden, das sich heute nicht mehr auf Europa beschränkt, sondern die ganze Welt erfasst. Die Reichsregierung weiß die politische und kulturelle Bedeutung der Arbeiten des Weltfunkvereins zu würdigen und wird ihren Einfluß dahin geltend machen, daß während der Berliner Tagung mit positiven Vorschlägen die Arbeiten des Weltfunkvereins gefördert werden.

Wir haben den dringenden Wunsch, daß die Rundfunkbeziehungen mit unseren Nachbarländern freundschaftlich gehalten werden und jede internationale Fesse und Einmischung in die inneren Verhältnisse fremder Staaten über die Rundfunkübertragungen unterbunden werden. Als einen Erfolg dieser Bestrebungen können wir das in diesen Tagen mit Deutschland abgeschlossene Abkommen verzeichnen, das auch eine Verständigung auf dem Rundfunkgebiete in sich schließt.

Am Schluß seiner Ansprache hielt Staatssekretär Funk die Vertreter von 31 Rundfunkgesellschaften aus 39 Ländern in der Hauptstadt des Deutschen Reiches herzlich willkommen.

Im Anschluß an die Ansprache des Staatssekretärs Funk nahm der Präsident des Weltfunkvereins, Ramberg, das Wort.

Forderungen an den deutschen Film

Berlin, 4. März.

Im weiteren Verlauf der Eröffnungstagung der Jahrestagung der Reichsfilmkammer, über deren Beginn wir bereits berichteten, legte Walter Cronbach in seinem Vortrag „Der Film im Strom der Weltgeschichte“ dar, daß eine technische Erfindung nicht von ungefähr Ausdrucksfähigkeit der Kunst werde. Die Entwicklung des Films sei nichts anderes als der Spiegel eines gesellschaftlichen Vorganges. Aus der geistlichen Klasse sei wieder ein geistliches Volk, der Künstler sei wieder Künstler und Gelehrter des Lebens geworden und damit der Film gültiger Ausdruck eines allgemeinen Weltanschauungs.

Dr. Cronbach führt behauptete den deutschen Filmkritikern, Filmkunst könne nicht nach der Quantität, sondern nur nach der Qualität betrachtet werden. Auf die Dauer wäre eine Bevorzugung der Quantität weder kulturell noch wirtschaftlich tragbar. Es sei ein entscheidender Fehler, die Vorbilder im Ausland zu imitieren, Erfolge anderer Länder zu kopieren und zu kopieren. Amerika denke auch nicht an den deutschen Markt, wenn es einen Film mache. In deutschen Filmen vermisse man den deutschen Menschen. An seine Stelle habe man die Einheitsartikelmasse gesetzt, die es nirgendwo gäbe. Die heutige Anarchie der Filme zu beklagen, seien immerhin Anlässe vorhanden. Als solche bezeichnete Dr. Cronbach die starke Dialektknappheit im deutschen Film, das ungeprägte Naturgefühl und die problematische Thematik. Ein deutscher Filmkritiker liege durchaus im Bereich des Möglichen, es bedürfte nur etwas guten Willens.

Staatschauspieler Mathias Wieman forderte zum Thema „Der Mensch im Film“, daß die Beziehung der Filmrollen mehr nach dem Idealbild des Dichters und weniger nach „Tat“ und „Kamen“ erfolge. Alle Mitarbeiter an einem Film müßten einbezogen sein. Es sei ein Fehler, im amerikanischen Film ein erdbeerensüßes Vorbild zu sehen, wenn auch das ungenügende Gefühl für Partnernachfolge anerkennen sei, das aus allen amerikanischen Filmen spreche.

Ueber die Beziehungen zwischen dem Künstler und der Technik sprach der Regisseur Werner Hochbaum. Form und Gehaltungsordnung des Künstlers stellen die Aufgaben, und umgekehrt habe der Künstler der Entwicklung der Technik zu folgen. Beide länden immer wieder auseinander. Die erste künstlerische Revolution, die das Geschick des Films von Grund auf verändert habe, sei die Großaufnahmen gewesen, die den filmischen Darsteller entdeckte und den komödianten schonungslos entlarve. Durch den Ton sei die filmische Ausdruckskraft noch mehr gesteigert worden.

Direktor Friedrich Flugschütz sprach abschließend über „Filmwirtschaft im Dritten Reich“. Es handle sich in der Filmwirtschaft um ungeheure Werte; auf über 300 Millionen Mark könnten die festen Anlagen innerhalb der deutschen Filmwirtschaft beziffert werden! Etwa 50 Millionen Mark müßten jährlich für die Produktion zur Verfügung gestellt werden. Ueber 3000 Menschen finden hier Arbeit und Brot. Damit sei die Filmwirtschaft unter die ersten zehn Wirtschaftszweige des Reiches einzureihen. Die Filmwirtschaft sei gesichert durch die Schaffung der Filmkreditbank, die heute über 75 v. H. der Filme finanziert.

Nach Abschluß der Tagung eröffnete der Präsident der Reichsfilmkammer, Staatsminister Dr. Schütz, die im Wandelgang der Großoper aufgebauten filmtechnische Schau.

Gefängnis für einen unsozialen Betriebsführer

Duisburg, 5. März.

Großes Aufsehen weit über den Kreis Werra hinaus erregte Anfang Oktober 1936 die Verhaftung des Betriebsleiters und Betriebsführers Carl Schmidt von der Rhein-Emscher-Armaturenfabrik in Baerl bei Werra. In einer Besprechungsversammlung hatte Schmidt den 15jährigen Betriebszellenobmann, der ihm ruhig und sachlich die Wünsche der Wertschöpfung auf Zahlung des tarifmäßigen Ueberlöhneaufschlags unterbreitet hatte, unerhört beschimpft und bedroht. Die Weisungsaufnahme ergab, daß in dem Werk das Verhältnis zwischen Betriebsführer und Gefolgschaft denkbar schlecht war. Die Schuld daran lag nach den übereinstimmenden Bestatungen mehrerer Zeugen allein bei dem Angeklagten. Einwandfrei ergab die Zeugenvernehmung auch die mögliche Befehlsgewalt des Betriebszellenobmannes. Staatsanwalt und Gericht waren der Ansicht, daß die unerhörten Beleidigungen nicht mit einer Geldstrafe gelöst werden könnten. Das Gericht erkannte antragsgemäß auf zwei Monate Gefängnis.

Die „Weißer“ in der Türkei verboten. Die türkische Regierung hat die Operette „Weißer“ verboten. Die Regierung ging von der Erwägung aus, daß dieses Stück, das aus dem weissen französischer europäischer Vorliebe für das Exotische geboren sei, die türkischen Völker unter dem Gesichtswinkel eines Schmutzstübens darstelle.

Neue Unverschämtheiten Laguardias gegen Deutschland

Das amerikanische Judentum plant neuen Desfeldzug

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 5. März.

Obwohl die amerikanische Regierung die Forderungen, die sich der jüdische Bürgermeister von New York, Laguardia, gegen Deutschland herausgenommen hat, als peinlich empfand, leistet sich Laguardia immer neue Frechheiten. Den deutschen Protest hat der unverschämte Jude zum Anlaß einer öffentlichen Erklärung genommen, die wiederum von Beleidigungen Deutschlands strotzt. Selbst seine eigene Regierung greift Laguardia an. Er behauptet nämlich, daß das, was Staatssekretär Hull gestern auf seinen unverschämten Ausfall gegen Deutschland darlegte, ihn nicht im mindesten bekümmere.

Es zeigt sich jetzt übrigens, daß Laguardias Beleidigungen des deutschen Volkes und seines Führers gewissermaßen nur den Auftakt zu einem neuen Desfeldzug des amerikanischen Judentums darstellen sollen. Für den 13. März hat man im Madison Square Garden eine große jüdische Kundgebung anberaumt, in der sich der Haß des Judentums gegen das neue Deutschland ausbreiten soll. Der „Hauptort“ gegen Deutschland“ soll, so wird in den Ankündigungen dieser jüdischen Massenversammlung erklärt, nunmehr auf die Spitze getrieben werden. Alles, was sich in New York an jüdischem und salobolischewitschem Gerede findet, soll sich im Madison Square Garden treffen. An der Spitze marschieren berüchtigt gewordene jüdische Pöbel, wie der Rabbi Wise und andere Gestalten der politischen Unterwelt, denen Laguardias Tätigkeit als Bürgermeister die Gelegenheit gibt, sich im Lichte der Öffentlichkeit zeigen zu können.

In den nicht vom Judentum abhängigen amerikanischen Zeitungen kann man nicht umhin, das Skandalöse der Vorgänge, die sich jetzt in New York abspielen, festzustellen. Allerdings habe, so heißt es in diesen Auslassungen, nach der „demokratischen“ Verfassung Amerikas die Zentralregierung keine Möglichkeit zum Vorgehen gegen den Bürgermeister einer Stadt. Aber trotz aller Freibeiten, die die amerikanische Verfassung einem Burlesken wie Laguardia läßt, empfindet man es in allen objektiven denkenden Kreisen des amerikanischen Volkes als eine ungeheure Blamage, daß es nicht möglich ist, Laguardia so, wie er es verdient hätte, ohne weiteres von seinem Posten zu entfernen. Man ist sich in den weitesten Schichten des amerikanischen Volkes darüber klar, daß die deutsch-amerikanischen Beziehungen auf eine ganz und gar überflüssige Belastungsprobe gestellt werden, wenn ein so übler Pöbel wie Laguardia ungehemmt sich weiter ausbreiten darf.

Der Hinweis amerikanischer Zeitungen, daß man keine Verfassungsmäßigen Maßnahmen ergreifen könne, gegen Laguardia einzuschreiten, kann natürlich in Deutschland keine Billigung finden. Es verlangt von den Vereinten Staaten, daß sie die Person eines Staatsoberhauptes vor einem Vandalen in Schutz nehmen, dessen frapierendes Treiben sie selbst

als skandalös empfinden müssen. Im Interesse der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, die Deutschland und Amerika miteinander verbinden, muß es der amerikanischen Regierung möglich sein, Laguardia zum Schweigen zu bringen. Man kann sich nicht mit der vagen Hoffnung begnügen, daß die Antisemitische Juden mit dem Jahre 1937 abläuft und daß er vielleicht nicht wiedergebirt wird. Laguardia, für den die persönliche Bereicherung stets die oberste Triebfeder allen Handelns war, möchte sich die neue Heugasse, die das New Yorker Judentum gegen Deutschland zu hartem Probestück, auch verlässlich zu machen. Seine unverschämten Ausfälle gegen Deutschland und den Führer sollen offenbar dazu dienen, ihm die Gunst des New Yorker Judentums zu sichern, das mit seinen 25 Millionen bei den Bürgermeistern einen gewichtigen Faktor ist.

Außenminister Hull spricht sein Bedauern aus

Washington, 5. März.

Der amerikanische Außenminister Hull hat am Freitag nach Feststellung des Sachverhaltes sein lebhaftes Bedauern über die Unverschämtheiten des Juden Laguardia ausgesprochen. Er hat gleichzeitig hervorgehoben, daß die heftigsten Bemerkungen Laguardias in keiner Weise die Einseitigkeit der amerikanischen Regierung gegenüber der deutschen Regierung wiedergäben.

Die von Außenminister Hull amtlich veröffentlichte Erklärung lautet: „Die deutsche Regierung hat sich durch ihre hitzige Postkarte über gewisse Neuerungen beklagt, die Pietro Laguardia in einer öffentlichen Ansprache im Hotel Alton in New York am 3. März getan hat. Sie hat erklärt, daß diese Neuerungen in ernstem und schwerem Maße sich gegen das deutsche Staatsoberhaupt und gegen die deutsche Regierung richten. In unserem Lande ist jedem Bürger durch die Verfassung Redefreiheit garantiert und diese wird als Teil unseres nationalen Erbes hoch geschätzt. Das vermindert nicht das Bedauern der amerikanischen Regierung, wenn Neuerungen von privaten Bürgern oder als individuelle Personen sprechenden Beamten eine Regierung beleidigen, mit der wir offizielle Beziehungen unterhalten. Ich bedauere sehr ernstlich diese Neuerungen, die die deutsche Regierung beleidigt haben. Sie stellen nicht die Einstellung der amerikanischen Regierung gegenüber der deutschen Regierung dar. Es ist unser Grundgesetz, die offiziellen Beziehungen zu anderen Nationen auf einer Basis vollkommener und gegenseitiger Achtung für die Rechte und Wünsche beider Teile zu pflegen.“

Der prompte Protest der Reichsregierung gegen die unverschämten Beleidigungen des Juden Laguardia hat in New York eine tiefe Wirkung ausgeübt, dies um so mehr, als hier die amtlichen Vertreter Amerikas ungekräft in jeder Weise verhöhnt, verlästert und satirisiert werden dürfen. Keine einzige Zeitung der amerikanischen Hauptstadt nimmt für Laguardia Stellung.

Drei Frauen planen einen Eisenbahnanschlag

Die Eisenbahnlinie Istanbul-Ankara als Ziel - Eine politische Verschwörung?

Istanbul, 5. März.

Alle türkischen Zeitungen beschäftigen sich mit einem schreckensvollen Vorfall in der asiatischen Provinz Istanbul, Kabilis, wo die Polizei in einem Haus, wo drei armenische Frauen bewohnt wurde, eine Hausdurchsuchung vornahm. Die Hausdurchsuchung erfolgte auf Grund einer Anzeige der Nachbarn, nach der die Frauen einen Anschlag auf die nur wenige Meilen von dem Haus entfernten nordwestlich wichtige Eisenbahnlinie Istanbul-Ankara geplant hätten. Als die Polizei das Haus betrat, wurde sie von den Frauen mit geschloßenen Messern empfangen. Als die Frauen die Auslosigkeit ihres Widerstandes erkannten, ließen sie das Haus mit schon bereit gehaltenen Petroleum in Brand. Zuerst konnten die Besatzungsmänner, die den Brand löschen wollten, daß die

Wandbewohnerinnen mit ihren in Sowjetrußland lebenden Verwandten in Bräutelschiff fliehen und selbst alles zur Abreise nach Sowjetrußland vorbereiten hatten.

Die Tatsache, daß die Polizei unter Befolgung aller erdenklichen Vorkehrungsmaßnahmen das Haus mit großem Aufgebot durchsuchte, und weiter, daß sich zwei Staatsanwälte und der Direktor der Istanbuler Polizei mit dieser Angelegenheit befassen, gibt den Istanbulern Mittern Veranlassung zu der Vermutung, daß es sich hierbei um eine politische Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates handelt, obwohl die Polizei diese Möglichkeit in Abrede stellt. Diese Vermutung wird dadurch unterstutzt, daß im Hause auch Bomben und eine fertige Gassenmaschine gefunden wurden. Die Istanbuler Zeitungen nehmen an, daß die drei Frauen einen Anschlag auf einen der zahlreich verkehrenden Züge mit laufenden türkischen Verbandszügen geplant haben.